

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen
nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes
über die Presse vom 1. März 1923.
Gesetz vom 1. März 1923, Nr. 22.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen
nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes
über die Presse vom 1. März 1923.
Gesetz vom 1. März 1923, Nr. 22.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Presse vom 1. März 1923, Gesetz vom 1. März 1923, Nr. 22.

Nr. 44

Sonnabend, den 21. Februar 1925

20. Jahrgang

Zur Wahl des Reichspräsidenten.

Von Dr. R. H. R.

Im ersten Halbe dieses Jahres wird das deutsche Volk erkmallig vor der Wahl eines Reichspräsidenten stehen. Man kann nicht behaupten, daß die politischen Verhältnisse über die Wahl des Reichspräsidenten besonders glücklich seien. Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt, so bestimmt Artikel 41 der Verfassung. Das klingt sehr gut und sehr demokratisch, kann aber bei der ungeheuren Parteienzersetzung des deutschen Volkes zu sehr undemokratischen Ergebnissen führen, da die endgültige Entscheidung erst in einer Stichwahl fällt.

Soweit sich der Gang der Dinge bisher übersehen läßt, besteht die Gefahr, daß der erste Wahlgang rein parteipolitisch orientiert sein wird. Es ist dabei kennzeichnend, daß sich zunächst keine Partei so recht an die ganze Angelegenheit herangetraut und doch ist die Wahl des Reichspräsidenten eine noch größere und entscheidendere politische Kraftprobe als die Wahl eines Reichstages. Dieses Hören rechts und links ist der sinnfällige Beweis dafür, daß eine Verdrängung, die über die Grenzen der politischen Problematik hinaus dem ganzen deutschen Volke ohne weiteres als Führerqualitätserscheinung könnte, weder rechts noch links zu finden ist. Und in der Tat liegen die Dinge so. Jede Partei hat in ihren Reihen ganz ausgezeichnete Köpfe und Charaktere, aber dem deutschen Volk als Ganzes erscheint keiner als das gegebene Reichsoberhaupt. Und so wird die Reichspräsidentenwahl keine Persönlichkeitsfrage schlechthin sein, sondern eine Angelegenheit politischer Wertung. Das ist zweifellos zu bedauern, läßt sich aber nach Lage der Sache nicht ändern, und ist vor allem auch keine spezifische oder notwendige Erscheinung der Republik und der Demokratie. Auch die deutschen Monarchisten würden, wenn sie heute einen Monarchen wählen könnten, einen Kandidaten von überragendem Persönlichkeitswert nicht zur Verfügung haben.

So stark auch die parteipolitischen Einschläge in dem zu erwartenden Wahlkampf sein mögen, so wird letzten Endes doch um das ausschlaggebende Problem, wird darum gekämpft werden, ob ein Vertreter der republikanischen und demokratischen oder ein Vertreter der monarchischen Staatsauffassung an der Spitze des deutschen Reiches stehen soll. Damit ist die weittragende Bedeutung dieser ersten Reichspräsidentenwahl gekennzeichnet. In der französischen Republik war bei der ersten Wahl des Präsidenten die Fragestellung die gleiche. Als der alte Kaiser im Mai 1873 von einer radikalen-monomarchistischen Opposition zur Demission gezwungen wurde, wurde der Monarchist Marcellin Maréchal zum Präsidenten der französischen Republik. Frankreich hat damals als Republik keinen dauernden Schaden erlitten. Ersten hatten die Monarchisten im Grafen von Chambord einen Thronanwärter, der etwa die gleiche geringe Werbekraft besaß, wie sie die heute theoretisch denkbaren deutschen Thronanwärter haben würden, vor allem aber rafften sich im entscheidenden Augenblick Liberale und Republikaner auf. Als die Reaktion zum entscheidenden Schlag ausholte, tausende republikanischer Beamter entließ und das Parlament auflöste, da war die französische Nation vor die Entscheidung gestellt, ob in Zukunft die liberale Demokratie oder die monarchistische Reaktion herrschen sollte.

Die Republikaner behaupteten die Mehrheit, zwangen den monarchistischen Präsidenten zur Unterwerfung unter die parlamentarisch-demokratische Staatsform und zur Befreiung besonders reaktionärer höherer Beamter. Bei uns in Deutschland haben bei den letzten Reichstagswahlen sich zwar auch die republikanischen und demokratischen Strömungen behauptet und zwar besser als damals in Frankreich, aber allen Befehlen der politischen Vernunft gegenüber wurde das Schwergewicht nach der anderen Seite verschoben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei der Reichspräsidentenwahl von rechts her der Versuch gemacht wird, den in der Reichsregierung gewonnenen Einfluß auch auf die Spitze des Reiches auszuüben. Gelangt dies, so braucht sich nicht unbedingt eine Vernichtung der Republik daraus zu ergeben, wohl aber eine Störung der Entwicklung und ein Krisenherd für die innere Befestigung der Republik.

Die Personenfrage ist bisher weder rechts noch links ernsthaft behandelt worden. Uns will scheinen, als ob die republikanischen und demokratischen Strömungen allen Anlaß hätten, der entscheidenden Fragestellung gegenüber bei Neuen eine einheitliche Aktionsfront herzustellen. Parteipolitische Erwägungen müssen in den Hintergrund treten. Die Wahl ist keine Angelegenheit allein für die parteipolitische Einflussphäre der Sozialdemokratie, des Zentrums oder der deutschen Demokratie, sondern sie wird eine politische Kraftprobe ersten Grades für die Festigung der Republik werden. Es ist kein Grund ersichtlich, warum man noch zögern soll, wenigstens den Versuch zu machen, zu einem Vorgehen dieser Art gelangen die an der Spitze der Republik auch wirklich einen Republikaner haben wollen. Dort, wo zuerst eine einheitliche Willensbildung erkennbar wird, wird von Anfang an die größte Aussicht auf Erfolg vorhanden sein.

Eine amerikanische Stimme zu Eberts Amtsführung.

New York, 19. Februar. Die „New York Times“ sollen in einem Leitartikel dem Reichspräsidenten Ebert nachdrücklich Rat erteilen für die Befreiung seiner sechsjährigen Amts-

zung. Das deutsche Volk habe unter seiner Leitung trotz schwieriger Verhältnisse eine bemerkenswerte Selbstbeherrschung bewiesen und seinen Lebenswillen bewahrt, indem es Ratschläge, die aus der Verzweiflung geboren waren, ablehnte. Die monarchistischen Wünsche, die Riesenstreik im Ruhrgebiet, die kommunistischen Aufstände, die separatistischen Umtriebe in Bayern und am Rhein und alle außenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätten es nicht vom Wege der Vernunft abgebracht, und der gesunde Geist der Nation habe sich gegen den weißen und roten Terror behauptet. Wenn Herr Ebert im Juni sein Amt niederlege, so werde er, falls bis dahin nicht unvorhersehbare Ereignisse eintreten, sein Land in besserer Verfassung setzen, als man vor sechs Jahren noch habe hoffen dürfen.

Die Interpellation zum Grubenunglück.

Sitzung des Reichstags vom 19. Februar.

Der Reichstag genehmigt zunächst in dritter Beratung endgültig den am 10. Februar d. J. unterzeichneten Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark zur Ausführung der Konvention über das Bergbau.

Zur Beratung kommen dann die Interpellationen über die Kontrolle der Sicherheit der Gruben. Die anlässlich der jüngsten Grubenkatastrophe bei Dortmund von verschiedenen Parteien eingebracht worden sind.

Abg. Schwann (Rom.) begründet eine Interpellation der Kommunisten, in der die letzte Grubenkatastrophe als ein neues Zeichen für die grenzenlose Unsicherheit im Grubenbetriebe bezeichnet wird.

Abg. Imbusch (Str.) hat zum besseren Verständnis eine Karte des Grubenfeldes vom „Minister Stein“ auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Die Karte „Minister Stein“ ist bisher von größeren Explosionen verschont geblieben. Für die Sprengungen wurde Sicherheitsprekordium verwendet. Der Redner schildert dann den Verlauf der Grubenkatastrophe bei Dortmund und die Einrichtungen der Unglücksgrube. Wäre das Unglück bei der Frühlicht erfolgt, so würde es die doppelte Zahl der Opfer gefordert haben. Im Gegensatz zu den Ausführungen des kommunistischen Redners betont der Redner, die Begebenheit habe der Unternehmung der Ursachen des Unglücks durch die Kommission keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Zentrumsinterpellation richtet an die Regierung, die Frage, was sie zu tun gedenkt, um die erste Rot der der schwer heimgefallenen Verletzten und Hinterbliebenen zu lindern, und um in Zukunft die Gefahren, die solche Unfälle herbeiführen, möglichst zu beseitigen. In der Aufklärung der Bergarbeiter über die Schlagwettergefahren möchte mehr geschehen.

Staatssekretär Weiß vom Reichsarbeitsministerium gibt zunächst im Namen des erkrankten Reichsarbeitsministers dem tiefsten Mitgefühl Ausdruck für die Opfer der Grubenkatastrophe und die Hinterbliebenen sowie dem Dank und der Anerkennung für die Tätigkeit des Hilfsmannschafens. Die aus öffentlichen und privaten in- und ausländischen Quellen gesammelten Spenden für die Hinterbliebenen der Opfer haben den Betrag von 1 1/2 Millionen schon überschritten. Die Verhängung derartiger Unglücksfälle unterliegt der Zuständigkeit der Landesbehörden, in diesem Falle des preussischen Handelsministeriums. An der Überwachung der Sicherheitsvorkehrungen sind die Betriebsräte beteiligt. Eine besondere Vorsicht des preussischen Handelsministeriums sichert die ungefähre Tätigkeit der Betriebsräte auf diesem Gebiet. Sollten tatsächlich solche Störungen vorgekommen sein, so werden die zuständigen Reichs- und Landesbehörden alles tun, um dem entgegenzutreten. Die Beerdigungskosten hat in großherziger Weise die Stadt Dortmund übernommen.

Ministerialrat Hasfeld vom preussischen Handelsministerium gibt dem tiefen Beileid der preussischen Staatsregierung Ausdruck. Der Redner war selbst am Unglücksort und gibt eine ergänzende Schilderung der örtlichen Verhältnisse. Die Wetterführung war in Ordnung. Auch die Verleselung funktionierte, aber sie ist nach Ansicht der Fachleute nicht mehr als geeignetes Mittel zur Verhütung von Kohlenstaubexplosionen anzusehen. Die Verwaltung der Unglücksgrube war eine der ersten, die gerade jetzt dabei war, das moderne Staubverfahren einzuführen.

In der Besprechung der Interpellationen zum Grubenunglück nimmt als erster Redner das Wort Abg. Kaufmann (Sos.). Er begründet einen Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für Einrichtungen zur Untersuchung und Verhütung von Unfällen im Bergbau. Eine große Katastrophe wie die letzte die öffentliche Aufmerksamkeit auf die großen Gefahren des Bergmannsberufs. Dabei werde aber zu wenig darauf geachtet, die als Einzelne verunglückten. Im deutschen

Bergbau gibt es täglich zwei Tote und 250 Verletzte. (Hört, hört!) Im Ruhrbergbau ist die Zahl sogar noch höher. Das Antireisensystem, das auch auf der Höhe „Minister Stein“ bestand, war auch die letzte Ursache der jüngsten Katastrophe.

Abg. Binnsfeld (D. W.) verliest eine gemeinsame Erklärung der beiden Reichsparteien, des Zentrums, der bairischen Volkspartei und der wirtschaftlichen Vereinigung, in der den Opfern der Katastrophe und den Hinterbliebenen die Anteilnahme der Parteien ausgesprochen wird. Die Erklärung lehnt es ab, vor der genauen Ermittlung der letzten Ursachen der Katastrophe ein Urteil darüber zu fällen oder Schlüsse daraus zu ziehen.

Abg. Schickwort (D. W.) verliest die sozialdemokratische Antrag dem Haushaltsausschuss über die

Es folgen Berichte des Geschäftsordnungsausschusses. Die vom Ausschuss beschlossene Genehmigung zur Feigenübernehmung der Abg. Wilmann, Behrendt, Giesberts, Scheidemann, Ballraß, Rabib, Müller-Branden und Weiss im Rothardt-Projekt in Magdeburg wird ohne Debatte erstellt.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Berg (Rom.) wird dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses gemäß verweigert.

Der Geschäftsordnungsausschuss beantragt die Ablehnung kommunistischer Anträge, Einstellung der gerichtlichen Verfolgung und auf Haftentlassung der kommunistischen Abg. Heiser und Pfeiffer, die als Mitglieder der kommunistischen Zentrale wegen Hochverrats verurteilt wurden.

Abg. Dr. Weiß (Str.) gibt für die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums, der Deutschen und bairischen Volkspartei und der wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab des Inhalts, die beiden Abgeordneten Heiser und Pfeiffer würden beratender Verträge beschließen, daß die Wahrung ihrer Immunität in unzulässigem Widerspruch stehen würde zu der gebotenen Sicherheit von Staat und Gesellschaft, zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung und zum Schutze des Lebens der Staatsbürger. Darum müßten die genannten Parteien die Anträge auf Haftentlassung und Einstellung des Verfahrens ablehnen.

Abg. Probauf (Dem.) erklärt, auch die demokratische Fraktion werde für den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses, also für die Genehmigung zur Strafverfolgung stimmen. Das entspreche der Haltung der Demokraten in der letzten Reichstags-sitzung.

Verlängerung und Verschärfung der Militärkontrolle.

Genf, 19. Febr. Die erste französische Zeitung, die von dem Ergebnis der Beratungen des Militärkomitees über die Entwaffnung Deutschlands schreibt, ist der nationale „Temps“. Dem Blatte zufolge habe der Militärkomitee einstimmig beschlossen, daß die deutsche Entwaffnung als nicht durchgeführt anzusehen sei und die Verlängerung der Kontrolle bis zum 1. April 1926 vorschlagen ist.

Genf, 19. Febr. Der „Matin“ meldet: Aus dem Schlussbericht ist mitzuteilen, daß Deutschland die gewaltige Zahl von 2700 Verletzungen gegen die Entwaffnungsverpflichtungen vorgeworfen wird. Der alliierte Militärkomitee kann keinen anderen Ausweg sehen, als neben der Verlängerung der Kontrolle ihre menschliche Verschärfung herbeizuführen. Die meisten Verletzungen wurden dadurch festgestellt, daß Anzeigen beim Chef der Kontrolle, besonders von der Pressestelle der Kommission, eingingen, die sie erfreulicherweise aus „deutschen Zeitungen“ entnehmen konnte, so daß keine Ab-leugnungen Deutschlands etwas helfen werden.

Wählereien gegen das Kabinett Marx.

Der Antrag der Reichsparteien.

Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei haben im preussischen Landtag zu der Erklärung des Ministerpräsidenten vom Mittwoch den folgenden Wählereinstellung eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag hat nach Art. 57 Abs. 1 Satz 1 der preussischen Verfassung jedem einzelnen Minister zu dessen Amtsführung das Vertrauen des Volkes auszusprechen. Der Landtag bekennt dieses Vertrauen nicht 1. dem Minister des Innern Gebering, 2. dem Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung Beder, 3. dem Minister für Handel und Gewerbe Dr. Schreiber, 4. dem Finanzminister Dr. Höppler-Wischow, 5. dem Minister für Volkswohlfahrt Dirkschler, 6. dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Steiger und 7. dem Justizminister Dr. am Hofe.

Vertrauensantrag der Reichstagen.

Die Fraktion der Nationalsozialisten hat den folgenden Vertrauensantrag eingebracht: Der Landtag spricht das zur Ausführung des Kabinetts erforderliche Vertrauen aus 1. dem Innenminister Sewering, 2. dem Kultusminister Becker, 3. dem Finanzminister Dr. Höpfer-Wilhoff, 4. dem Handelsminister Dr. Schreiber, 5. dem Wohlfahrtsminister Dr. Pfeiffer, 6. dem Landwirtschaftsminister Steiger und 7. dem Justizminister Dr. am Hof. Den Antrag haben auch Mitglieder der Deutschen Nationalen unterschrieben.

Die Moskauer Handelsvertragsverhandlungen.

Erklärungen Brockdorff-Rangau. In einer Unterredung mit Moskauer Journalisten erklärte der deutsche Botschafter, Graf Brockdorff-Rangau: Die deutsche Delegation kehrt nächste Woche nach Moskau zurück, um die Handelsvertragsverhandlungen fortzusetzen, nachdem sie inzwischen in Berlin die Durcharbeitung der Moskauer Ergebnisse vorgenommen hat und in erster Linie diejenigen Fragen gelöst hat, bei denen die gegenseitige Verständigung bisher auf Hindernisse gestoßen ist.

Eine englische Instruktionskommission nach Dortmund.

London, 19. Febr. Das Bergwerkamt meldet: Infolge der Explosion in Dortmund hat der Sekretär für Bergbau um die Erlaubnis nachgefragt, mehrere Inspektoren nach Dortmund zu senden, damit sie sich unterrichten können, welche Lehren sich aus dem Unglück für die Sicherheitsvorkehrungen im Bergbau Englands ergeben, ferner um deutschen Behörden auf Grund ihrer Erfahrungen jede Hilfe angebotenen zu lassen. Die deutschen Behörden haben dem Vorschlag zugestimmt. Er soll ausgeführt werden, sobald der Zustand des Bergwerks eine Untersuchung ermöglicht.

Ein Luftschiffverkehrsplan London—Newyork.

London, 19. Febr. „Daily Telegraph“ erzählt, daß ein Plan für die Errichtung eines großen Handelsluftschiffverkehrs zwischen London und Newyork in offiziellen Kreisen zur Kenntnis gebracht worden sei. Es verlautet, daß eine Gruppe hervorragender amerikanischer Geschäftsleute den Plan unterstütze. Ursprünglich sei die Verwendung von drei Doppeldecker mit etwa 100 000 Kubikmeter Inhalt vorgesehen. Die Militärs hätten in Erwiderung auf eine Anfrage des Vertreters der Gruppe auf die Bestimmungen des Verfallener Vertrages hingewiesen, die den Bau von Luftschiffen in Deutschland unmöglich machen. Ob der Plan weiter verfolgt werde, sei noch unbestimmt.

Aus Stadt und Land.

Am, 20. Februar 1925.

Marie Stritt lebendigjährlig.

Marie Stritt, die Vorläuferin für die Erweiterung der Rechte der Frauen in dem Sinne der grundsätzlichen Gleichstellung der Geschlechter, feiert am Mittwoch ihren 70. Geburtstag. Der Stadtbund und der Dresdner Frauenverein hatte, ebenso wie u. a. auch der Stadtrat, die Jubilarin schon am Morgen geehrt; er hatte aber darüber hinaus eine gefällige Ehrung vorbereitet, die am Abend in den Räumen des Dresdner Frauenklubs stattfand.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Immer wieder hört man Klagen aus Geschäftskreisen, daß das laufende Publikum sich noch immer nicht an die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gewöhnen kann. Gerade Sonntags vormittags — besonders auch während der Straße — versucht die Kundschaf noch immer Einkäufe zu tätigen. Wir bitten das Publikum dringend, seine Einkäufe schon Sonnabends zu tätigen um den Geschäftsinhaber Sonntags nicht in die peinliche Lage zu setzen, die Kundschaf wieder abweisen zu müssen, da er im anderen Falle mit den gesetzlichen Bestimmungen in Konflikt gerät und zur Anzeige gebracht wird.

Mündliche Prüfungen. Das Volkshilfungsministerium hat erlaubt, daß auch die diesjährigen mündlichen Osterprüfungen an höheren Schulen wegfallen. Unberührt davon bleibt die Abschlußprüfung der Klasse 2 an den Seminaren.

Wahlprüfungen. Vor der unabhängigen Meisterprüfungs-kommission unter dem Vorsitz des Schneidermeisters Ferdinand Apel, Jüdau legte letzthin der Schneidermeister Krause, Aue, die Meisterprüfung ab.

Neue französische Kriegsgerichtsurteile.

Paris, 19. Febr. Das Kriegsgericht von Amiens hat gestern wieder neun deutsche Offiziere im Kontingentsverfahren verurteilt. General v. Winkler, der Oberst Baron v. Uslau, Hauptmann Howard wurden zu 20 Jahren Zwangsarbeit verdammt; Major Kreuz, Hauptmann Weg und Major Friedrichs zu 10 Jahren Gefängnis; Hauptmann Schimmelfennig zu 20 Jahren Zwangsarbeit, Hauptmann Schmidt zu 10 Jahren Zwangsarbeit. Das härteste Urteil Zwangsarbeit auf Lebenszeit wurde gegen den Beutnant Bohmann ausgesprochen, der eine französische Dame, die Wittin eines Offiziers tötete, so gesüßelt haben soll, daß sie verstarb.

Riesige Luftflüge Englands.

London, 19. Febr. Der Vorschlag für die Luftstreitkräfte sieht für 1925 eine Erhöhung auf 21 819 000 Pfund gegen 1924 20 000 Pfund im Jahre 1924 vor, einschließlich 1/2 Million Pfund für Luftschiffe. Die gegenwärtige Stärke der Flugzeuge beträgt neben den Schulleinheiten 54 Geschwader, von denen 8 im Irak, 6 in Indien, 4 in Mesopotamien und Palästina stationiert sind. 18 dienen der Verteidigung des Mutterlandes, 7 sollen im kommenden Jahre dazu kommen. Die Zahl der Mannschaften soll von 1000 auf 38 000 erhöht werden. Die Luftstreitkräfte werden ständig verstärkt und mit den modernsten Maschinen ausgestattet.

Des Vaters Sünde.

Roman von Anni Bant-Felsberg. (14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Er allein ging mit der Bälge im Bewußtsein umher, er ging fest, wie sein Vater gegangen war, der ein Träger großer Liebe war, die er mit falscher Münze sich erworben hatte. Er gab diese falsche Münze weiter aus, der Sohn dieses Vaters, diese Münze, deren Unschuld er kannte; er hatte nicht den Mut, die Münzen aus ihrer Umhüllung, ihrer mühsam errungenen Hülle zu reißen und ihnen zuzurufen: „Unser Vater belog uns — ich — ich kann es nicht — ich will es nicht, ich muß auch alles entreißen, was an Unschuld euch geblieben.“

Über er konnte es nicht, konnte nicht sagen: „Das Geld, die Raution, die dir deine Ehre ermöglichte, ist gestohlenes Gut, gib es zurück — gib es zurück!“ — Der Sohn sah, daß die Schwäche seines Vaters an Wahnsinn grenzte, die ihn solche Tat begehen ließ, der die Entdeckung folgen mußte. Aber er verstand diesen Wahnsinn des Glückmachens, des Glückspendens selbst auf Grund einer Schuld. Als er die beiden jungen besessenen Menschen sah, da sah er es, warum sein Vater sündigen konnte, wie er gekämpft, wie er ohnmächtig der Versuchung erlag, die an ihn mit aller Macht herantrat, das Glück seiner Tochter mit falschen Mitteln zu begründen.

Spanner. Da die Seimringe, die äußerst günstig wirken, in diesem Winter bedeutend weniger nur vereinzelt angelegt worden sind, ist unter diesen Umständen mit einem Anstieg zu rechnen. Zur Vernichtung steht im Frühjahr nur Uranagrän zur Verfügung. Für 100 Liter Spritzbrühe braucht man 80 Gramm Uranagrän (genaue Gebrauchsanweisung und Mischung wird zur gegebenen Zeit bekannt gegeben). Pro Baum benötigt man 4—8 Liter Flüssigkeit, danach läßt sich die Menge schon jetzt berechnen und der Bedarf einsehen. Zum Besuche von Uranagrän ist ein Giftschein notwendig. Uranagrän ist ferner das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der sogenannten Obstmaße und der Pflaumenlägeweise — beide Schädlinge sind im vorigen Jahre verheerend aufgetreten, und mit ihrem Wiedereintritt ist sicher zu rechnen. — Die Bekämpfung dieser Schädlinge ist an einen ganz bestimmten Zeitpunkt gebunden; auch hier wird zur gegebenen Zeit rechtzeitig darauf hingewiesen werden. Auch die Blütenstecher werden stark auftreten. Die befallenen Knospen, bei Birnen und Äpfeln, fällen sich rotbraun, sehen aus wie erkornen und öffnen sich nicht. Zur Bekämpfung sind in diesem Jahr Ausgang des Monats Februar, im günstigen Lagen von Mitte Februar ab, unter den Bäumen alle Bretter auszuliegen, diese Bretter sind jeden Tag frühmorgens nachzusehen. Werden grauschwarze Kästchen bemerkt, so sind diese zu sammeln und zu vernichten (mit kochendem Wasser zu übergießen oder an die Mauer zu verfrachten). Wo noch nicht geschehen, ist der Boden unter den Stachelbeer- und Johannisbeersträuchern tief umzugraben, um das Auftreten der Stachelbeerblattwespe möglichst zu verhindern. Wenn allgemein durchgeführt, wäre dies die einfachste und wirksamste Bekämpfungsmethode. Auch für die Blausäure ist jetzt die günstigste Bekämpfungzeit. Der Wurzelhals ist freizulegen und die Säure auf der Wurzel zu vernichten, entweder mit Urin (zur Säure mit Wasser zu verdünnen) oder durch Besprühen mit Brennspiritus. Das letztere Verfahren ist besser. Vorhandene Kraupenester und moniliale Krätze an Äpfeln und Pflaumen sind abzusuchen und zu verbrennen. Nähere Auskunft erteilt Herr Obstbaupinspektor Lindenbergh in Auerbach 1. B.

Erhebung des Vogelzuges betr. Die Mitarbeit der Vögel im Kampfe gegen das Ungeziefer ist bekannt. Durch die zunehmende Raumbelastung werden den Vögelbrütern aber immer mehr Möglichkeiten genommen. Der Landesverband für Obst- und Weinbau beschäftigt deshalb, seit 1. 1. 1925, für Dresden nach Verleihen des Minister in anderen Mengen zu beschaffen. Der Preis für das Stück wird ob sächsischen Lager 1,20 bis 1,80 Mark betragen. Bestellungen von Obstzüchtern und Vogelzuchtvereinen werden bis spätestens den 25. Februar an den Bezirksobstbauverein (Schwarzenberg) erteilt.

Unterbringung der sächsischen Lehrer.

Dresden, 18. Febr. Der Haushaltausschuss U. betriet heute über die vorliegenden Anträge zu Schulfragen. Nach den Mitteilungen der Regierung ist durch den Geburtenrückgang und durch die dadurch erfolgte Verminderung der Schulklassen ein Ueberschuß von 400 Lehrern eingetreten, wozu noch die 800 in diesem Jahre von den Seminaren abgehenden jungen Lehrer kommen. Die Unterbringung dieser überschüssigen Lehrer kann nur geschehen durch entsprechende Handhabung der Klassenstärke und Ermäßigung der Pflichtstunden, durch Erhöhung der Wochenstunden für die Schüler und durch entsprechende Maßnahmen für schwer Erziehbare und auch für Schwachbegabte. Durch die vom Haushaltausschuss U. einstimmig angenommenen Anträge des Abg. Claus (Dem.) werden voraussichtlich alle überschüssigen Lehrer bis auf 90 untergebracht werden können. Diese Anträge sehen vor: eine Herabsetzung der Pflichtstundenzahl der Lehrer an Volk-, Fortbildung-, Hilfs- und höheren Schulen um zwei Stunden wöchentlich, ferner die Wiederinkraftsetzung der Paragraphen 26,5 und 26,6 des Schulbedarfsgesetzes und der dazu gehörigen Ausführungsverordnungen über Pflichtstundenermäßigungen für Schulleiter und für laufende Verwaltungsgeschäfte in Volks-, Fortbildungs- und Hilfsschulen, ferner Herabsetzung der Wochenstunden und Klassenstärken nach den Vorschriften der Paragraphen 30 und

30 in den Tag hineingeliebt zu haben. Das soll keine Frau. Ich habe einen großen Fehler begangen, ich hätte in euren Vater bringen müssen, damit ich immer eine klare Uebersicht über unsere finanzielle Lage gehabt hätte. Was gut gemacht werden kann, das muß ich nun nachträglich tun.“ Horst von Tucher ergriff die Hände seiner Schwägermutter und sagte sie christlich und herzlich zugleich. „Jetzt arbeitest du für uns mit diesen Lieben, ich nenne Hände; mit denen die unser liebliches Glück.“ „Kinder, das ist doch nur Pflicht. Dieses stille, arbeitsame Leben gibt tausendmal mehr Befriedigung als das Leben großer Gesellschaft, wie wir es früher geführt haben. Seht euch denn jetzt der große Verkehr? Ich denke nicht.“ „Wundervoll ist es, so ungeschickt, so lässig sich um den Seinen zu leben,“ rief begeistert Mathilde Luise aus. „Die wenigen guten Freunde kommen doch, die anderen wissen, daß wir uns in der Trauer zurückziehen wollen und respektieren es auch.“ „Es war nie so schön und gemütlich bei uns wie jetzt.“ stimmte Tucher mit ein. „Gärtlich lächelte er sein schönes, junges Weib an und setzte hinzu: „Nun bin ich dein einziger Herrscher, Schatz, genügt es dir?“ „Du wiegst tausend andere auf.“ „Mache ihn nicht zu ettel, Mathilde Luise,“ machte Horst. „Wieder Klang draußen der Schläffel in der Tür. „Kongratze!“ Mathilde Luise sprach es. Horst ging. Er die Tür zu öffnen und sie zu begrüßen. (Schluß folgt.)



Wir führen Wissen.

81 des Schulgesetzgesetzes, soweit es die derzeitigen Verhältnisse gestattet. Die Lehrkräfte in Volk-, Vorbildungs- und Hilfsschulen sollen durch Schaffung neuer Stellen, auf dem platten Lande auch durch Anstellung von Wanderlehrern, soweit als möglich besetzt werden. Die Einrichtung von Sonderunterricht für schwer Erziehbare und von Nachhilfsunterricht in Volksschulen und Hilfsschulen für Schwachbegabte soll nach Möglichkeit gefördert werden, von fünf Schuljahren sollen Begabtenklassen eingerichtet und diese, wo ein Bedürfnis vorliegt, in das neunte und zehnte Schuljahr überführt werden. Die Bestimmungen dieser Anlage sollen sinngemäß auch für die höheren Schulen Anwendung finden. Der Antrag Dr. Hertwig über die Regelung der Klassenstärke für die einzelnen Schuljahre an den höheren Schulen wurde in dem Sinne erledigt, daß an den höheren Schulen dieselben Klassenstärken festgesetzt werden wie an den Volksschulen.

Erzgebirge und Sachsen.

Bismarck. Die in die beiden vorletzten Sitzungen der eingegangenen Kostenschläge für die Wohnhausneubau werden besprochen und der Firma Bild u. Co. die Erd- und Mauerarbeiten und Herrn Ernst Martin hier die Zimmerarbeiten übertragen; sämtliche Handwerkerarbeiten sollen nochmals unter den Bodauer Bauern ausgeschrieben werden. Mehrere neue Lampen sollen angebracht und am Anfang und Ende des Burgsteigs sollen eiserne Wegweiser angebracht werden. Der zentrale für Verkehrsweiser wird Erlaubnis zur Aufstellung einer Orientierungstafel erteilt. Wegen den Einspruch des Reichsanwalts in Sachen der Brauermeisterbesoldung soll das Reichsgericht anrufen werden. Auch Korbmacher sind nach Entscheidung des Oberverwaltungsamtes wieder versicherungspflichtig und tun auf, sich die Segnungen der Reichsversicherung für den Notfall zu sichern, wie ein Fall lehrt, der dem Wohlfahrtsausschuß zur weiteren Erörterung zurückerwidert wird. Derselbe Ausschuss hat auch das eingegangene Gesuch der Erwerbslosen vorzubereiten, während der Verwaltungsausschuß auf Grund eines Besuchs der Heiligen Volksbühnengemeinde sich bei den Nachbargemeinden nach der Höhe der etwa dort bewohnten Beiträge zu dieser Veranstaltung erkundigen soll. Mittellungen über Wobebau, Volkshochschule u. a. beschließen die umfangreiche Sitzung.

Kursach. Selbstmord Trauma. Im Amtsgerichtsbezirk wurde am Sonnabend vormittag in Gegenwart von zwei Beamten als Trauzug die Trauung des wegen Fahrtrabdelstahles schwer bestraften Straftatigen Hops mit seiner Braut aus Chemnitz vollzogen.

Klingenthal. Versuch der Bildung einer Gemeinde Großklingenthal. In Klingenthal sind Bestrebungen im Gange, durch Eingemeindung der größeren Industrieorte des Klingenthaler Bezirks — Brunnödra, Unterschönbörs, Geortenthal, Zwota usw. — eine Gemeinde Großklingenthal zu bilden. Vor Weihnachten war zur Vorbereitung dieses Planes eine von dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Klingenthal, Dr. Zimmermann, bearbeitete Broschüre herausgegeben und in allen Bezirksorten verteilt worden, in der alle für die Eingemeindung maßgeblichen Fragen behandelt wurden. In der letzten Sitzung der Klingenthaler Stadtverordneten ist man nun einen Schritt weitergegangen, indem man einen adäquaten Ausschuss gewählt hat, der das weitere Vorgehen in der Eingemeindungsfrage bestimmen soll.

Mahren. Bau eines städtischen Stadions. Vier Meter der Bau eines großen Stadions geplant, für das das Gelände am Weidenteich hinter Althausbrunn auszuweisen ist. Die Gesamtanlage umfaßt 120 000 Quadratmeter, und wird ein Schwimmbad mit Luftkammer, eine Planischie, eine Kampfbahn, Sportplatzanlagen und Tennisplätze umfassen. Die Gesamtkosten der Anlage sind auf rund 700 000 Mark veranschlagt.

Bärenstein. Des. Chemnitz. Schwere Unfall. Die Instanz der tschechischen Eisenbahnverwaltung, Langhölzwaren nicht vorchriftsmäßig zu beladen, die fast regelmäßig ein Unfall bei dem Übergang auf die deutsche Reichsbahn erforderlich macht, hat wiederum ein Opfer gefordert. Der 23jährige Ernst Börg aus Weipert verunglückte auf dem besagten Bahnhof dadurch, daß er beim Herabsteigen vor einem von einem Bahnwagen fallenden Heuballen von einer in diesem Augenblick vorüberfahrenden Rangierlokomotive erfaßt wurde. Die Maschine schleifte ihn ein Stück und fuhr ihm beide Beine ab, so daß er bald darauf im Krankenhaus verstarb.

Sachsen-Anhalt. Ein Bombenattentäter verhaftet. In der Tschechoslowakei wurde der seit neun Monaten flüchtige Franz Rehl aus dem Ortsteil Hüttengrund festgenommen, der seinerzeit bei den bekannten Bombenattentaten eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hatte. Das Auslieferungsgesuch ist eingeleitet.

Chemnitz. Verhaftete Eindreher. Von der Kriminalpolizei wurde ein 25 Jahre alter Handlungsgehilfe vom hier, ein 29 Jahre alter Schlosser aus Odenburg, ein 25 Jahre alter, gleichfalls hier wohnhafter Handarbeiter und ein 21 Jahre alter Handarbeiter aus Dortmund festgenommen, die hier Kellerbrüche ausgeführt und dabei Waren von erheblichem Werte gestohlen haben. Die Diebe haben außerdem Waren und Gebrauchsgüter, die sie nicht mitnehmen konnten, mutwillig vernichtet. Außerdem wurde ein 57 Jahre alter Schankwirt dingfest gemacht, der den Eindreher als Helfer diente.

Dresden. Großfeuer. Am Mittwochnachmittag um 16 Uhr brach in der Dresdner Zweigfabrik der Leipziger Hanojortfabrik G. v. Zimmermann, die sich in dem Gebäude des ehemaligen Hofbrauhauses in Dresden-Cotta befindet, ein Großfeuer aus. Das Feuer ist offenbar in der Holzterei durch Kurzschluss in einer Puhmaschine entstanden und griff sehr schnell auf die Seitenpinnerei und die Lackterei im dritten Obergeschloß über. Das Mittelgebäude der Vorderfront und der dahinter liegende Oberflügel sind niederbrannt. Der Dachstuhl des Gebäudes ist in einem Umfang von etwa 1800 Quadratmetern ausgebrannt. Glühendhitzige herrschte kein Sturm, so daß die großen Holzvorräte die daneben lagern, verschont blieben. Die Höhe des Schadens läßt sich bis jetzt noch nicht feststellen.

Waldenburg. Die verheiratete Wägnerei. Eine Einwohnern hatte vor einhalb Jahren eine Wägnerei verheiratet. Vor einigen Tagen empfand sie Schmerzen in der Brust und ließ sich durchuntersuchen, wobei die Wägnerei in einer... (Text is partially obscured)

seit 18 Monaten den Körper durchwandert hatte, konnte jetzt vom Kratze entern werden.

Kerchensteiner zur Frage des 9. und 10. Schuljahres.

Der Sächsischer Landtag beschäftigt sich gegenwärtig u. a. mit der Forderung des Sächsischen Lehrervereins nach einem 9. und 10. Schuljahr an der Volksschule. Zu dieser Frage nimmt die sächsische Berufsschullehrerschaft eine andere Stellung ein als die Volksschullehrer. Im Interesse unserer Jugend warnen die Berufsschullehrer davor, auf die Volksschule nach 2 Jahre literarisch-pädagogischer Bildung aufzusetzen. Sie weisen darauf hin, daß Kerchensteiner, der Rektor der deutschen Schulerziehung, in diesem Meinungsstreit auf ihrer Seite steht. Auf dem vorletzten deutschen Berufsschullehrer in Würzburg führte er unter ausdrücklichem Hinweis auf die sächsische Schulpolitik folgendes aus: „Das Richtige wäre, die heutige Volksschule so, wie sie ist, nach um 2 Jahre zu verlängern, ohne Einstellung auf die praktisch-technischen Interessen der Jugendlichen. Der Staat Wilsdorf hat zwar den Weg der Verlängerung seiner achtjährigen Volksschule um 2 Jahre beschritten; aber er hat diese zwei weiteren Jahre seiner Schulorganisation zu Berufsschuljahren mit intentionem Werkstattdienst mit technisch geschulten Lehrern ausgenutzt. Für Tausende und Hunderttausende unserer Jugendlichen wäre dieser Weg vielleicht der beste, ehe sie in halbgelehrte und ungelernete Arbeit einreten. Es ist ein Weg, der in der Richtung der Vorschläge der entschiedenen Schulreformer liegt. Über das Betreten dieses Weges steht eine völlige pädagogische Ummotivierung in den Köpfen der Lehrer, wie der obersten Schulbehörde voraus und einen Sozialismus, der nicht auf das Erfurter oder Moskauer Programm schwört, sondern auf den Ideen des praktischen Christentums aufgebaut ist. Man hat mir mitgeteilt, daß in Sachsen eine Bewegung sich ausbilde, welche die Volksschule in ihrer jetzigen Form ohne jede Einstellung auf praktische Arbeit um zwei Jahre verlängern will. Ich hoffe aufrichtig, daß, falls diese Bewegung Erfolg haben sollte, kein deutscher Staat sie mitmacht. Aus pädagogisch-psychologischer Einstellung kann diese Idee niemals geboren sein.“

Gerichtssaal.

Der Unterschlagung wird der Verwaltungsinspektor Paul Starl in Schneeberg beschuldigt. Seit 1898 ist er als Beamter bei der Stadtverwaltung Schneeberg angestellt. Er soll nach und nach 3298 Mark städtische Gelder an sich genommen haben. Er wurde wegen Unterschlagung im Amte zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte ist zum Teil geständig. Er gibt den Fehlbetrag in voller Höhe zu. Das Gericht kann sich aber nicht zu der Überzeugung durchringen, daß er die volle Summe entwendet hat. Der Angeklagte ist allerdings schon wegen Beamtenunterschlagung vorbestraft. Doch handelte es sich damals lediglich um die unbefugte Verwendung von Brotmarken. Die damals ausgeworfene Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis ist im Gnadenwege in 3 Wochen Gefängnis und schließlich in eine Geldstrafe umgewandelt worden. Auch heute ist das Gericht nur auf die Mindeststrafe gekommen, zumal der Angeklagte Deckung geschafft hat, so daß der Stadt jedenfalls kein dauernder Schaden erwachsen wird.

Neues aus aller Welt.

Zwei neue Grubenunfälle.

Hamborn, 18. Febr. Auf der zum Zehlfen-Konzern gehörigen Zeche Wesseler hat sich gestern Abend nach 10 Uhr ein folgenschweres Unglück zugegetragen. Als die beiden 20 Jahre alten ledigen Bergleute Josef Blinzner und Wilhelm Hoppe nach Vornahme einer Sprengung durch den Schichtmeister wieder auf ihren Arbeitsposten zurückkehren wollten, gerieten sie in giftige Nachschwaden und wurden betäubt. Vier weitere Bergleute, die ihren Kameraden zu Hilfe eilen wollten, fielen ebenfalls den Nachschwaden zum Opfer. Darauf schickte man die Rettungsmannschaft aus, die sofort an den sechs Bergleuten Wiederbelebungsversuche anstellte. Diese blieben jedoch bei Blinzner und Hoppe ohne Erfolg, während die vier anderen mit dem Leben davonkamen. Auf der gleichfalls zum Zehlfen-Konzern gehörigen Zeche Loßberg bei Dinslaken wurden die Bergleute Robilmann und Franz Kaiser von einem im Schacht herabfallenden Stück Sperholz so unglücklich getroffen, daß Robilmann sofort tot blieb und Kaiser beide Beine abgenommen werden mußten.

Die Bahn auf die Auaspitze. Die bairische Regierung hat nunmehr dem Cathreinischen Konsortium die Konzession zum Bau einer Auspitzbahn erteilt. Es ist eine Standbahn vorgesehen mit dem Ausgangspunkt Bahnhof Garmisch-Partenkirchen. Vom Gipfel ab wird sie als Zahnradbahn geführt. Durch einen kurzen Rehrunnel und den 2250 Meter langen Riffel-Wand-Tunnel erreicht die Bahn in 2825 Meter Höhe das Plat und steigt dann weiter durch einen 2400 Meter langen Tunnel mit Aussichtsgalerien auf den Gipfel der Auaspitze in 2901 Meter Höhe. Auf der Endstation wird ein Hotel errichtet.

Frühlingsfahrt nach Italien. Gesellschaften sind an sich nichts Neues. Nicht alljährlich jedoch ist die Idee, gemeinsame Fahrten in landschaftlich hervorragende und hauptsächlich durch ihre Kunstschätze und Sehenswürdigkeiten bewundervoll Gegenden unter geleitete sachmännliche Leitung zu stellen, die sowohl eine geistreiche Vorbereitung als auch ablenkende Beträge während der Reise selbst entbehren lassen. Hierzu kommt, daß eine künstlerische Führung in jeder Hinsicht geeignet ist, Freizeiter vor Dummheit zu bewahren.

wachzurufen, was dem Bild des eiligen Reisenden sonst viel leicht entgangen wäre. Es ist aus diesen Gründen zu begrüßen, daß sich der Schupverband deutscher Schriftsteller entschlossen hat, eine vom 8. bis 30. März d. J. dauernde Frühlingsfahrt nach Italien (einschl. Siziliens) zu veranstalten. Für deren künstlerische Leitung ein angelegener Kunstschaffsteller gewonnen wurde. Aus den Bestimmungen für die Teilnahme (genaue Prospekt durch den Schupverband deutscher Schriftsteller, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 25) ist hervorzuheben, daß die Teilnahme nicht unbeschränkt, möglichst baldige Anmeldung daher anzuregen ist. Der Preis der Reise beträgt 890 Reichsmark.

Letzte Drahtnachrichten.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen unterbrochen.
Paris, 19. Febr. Staatssekretär Dr. Trebeland und Handelsminister Rathenau haben heute vormittag und nachmittag längere Zeit miteinander verhandelt und dabei über die Möglichkeit einer kurzen Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen beraten. Dabei wurde auch die Frage der Laufzeit des Handelsprotokolls besprochen, für das die französische Regierung das Datum des 1. Dezember als Souffrist vorgeschlagen hatte. Französischerseits wünscht man nun, daß im Falle einer kurzen Unterbrechung der Verhandlungen die anfangs vorgesehene monatliche Geltungsdauer des modus vivendi beibehalten werde, was für den Beginn des endgültigen Vertrages von gewisser Bedeutung wäre. Die Vertretenden der beiden Delegationen werden morgen nachmittag wieder zu einer Beratung zusammenkommen.

Deutsch-rumänische Verhandlungen.
Wien, 19. Febr. Vätermeldungen aus Bukarest zufolge wurde in der heutigen Ministerkonferenz beschlossen, über den Konflikt mit Deutschland ein Grundsatz herauszugeben, das alle auf diesen Streitfall bezüglichen Dokumente enthalten soll. Ferner wird berichtet, die rumänische Regierung werde nicht zu Ausweisungen von Deutschen sondern zu wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen greifen.

Aus dem Reichsrat.
Berlin, 19. Februar. Im Reichsrat widmete der Vorsitzende, Reichsminister des Innern Schiele, den Obfern des Bergwerksglücks in Dortmund einen Nachruf, den die Mitglieder lebend anhörten. Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Beschlusseckel angenommen, durch den der Reichswirtschaftsminister zur Vornahme einer Volkszählung im Jahre 1925 ermächtigt wird. Der Tag der Zählung ist noch festzusetzen. Das Saargebiet bleibe von der Zählung ausgeschlossen. Mit der Volkszählung wird eine Berufs- sowie eine landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebszählung verbunden. Der Reichsrat ermächtigte ferner den Reichsfinanzminister zur Ausprägung von Münzen im Nennwert von unter 1 Reichsmark je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen. Außerdem erklärte er sich mit der Ausprägung von Reichsilbermünzen bis zu einem Gesamtbetrag von 800 Millionen Reichsmark einverstanden.

Die Gewerkschaften gegen die neue Steuerreform.
Berlin, 19. Febr. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände erlassen einen Aufruf, in dem sie gegen die Steuerreform protestieren. Unter Hinweis auf das starke Anwachsen der Einnahmen aus Lohnsteuer- und Umsatzsteuer und Solleinnahmen und nach Ausführung einer Stelle des Landesgutachters erklären sie: Wir verlangen von der Reichsregierung eine Steuerpolitik, die nicht zuerst den Bedürfnissen der Bestehenden, der Industrie- und der Agrarier, sondern den Lebensnotwendigkeiten der breiten Masse des Volkes entspricht.

Rettungskammern für Bergwerke.
Berlin, 20. Febr. Im preussischen Landtag ist ein Antrag des Zentrums eingebracht worden, in dem es heißt: Bei der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Minister Stein“ bei Dortmund ist die Mehrzahl der Verunglückten den giftigen Gasen und Nachschwaden zum Opfer gefallen. Unter der dringlichen Vorchriften ist daher, daß im unterirdischen Grubengebiet sogenannte Rettungskammern errichtet werden, in die sich die gefährdeten Bergleute vor Gasen und Nachschwaden retten können.

Volkswirtschaftliches.
Berliner Börse vom 19. Februar. Tendenz: Ueberwiegend schwächer. Die heutige Börse eröffnet durchweg abgerundet und lustlos. Die Wirtmeregulierungen belasten den Markt und so kann sich eine allgemein lebhafte Geschäftstätigkeit nicht durchsetzen. Monatsgeld wird nach wie vor stark gelehrt. Die allgemeine Tendenz ist heute wiederum schwächer. Eine Ausnahme hiervon macht aber der Markt der Montanwerte, an dem die Kurse durchweg auf Grund von Rückkäufen der Spekulation höher einsetzten. Der Markt der Bankwerte liegt uneinheitlich. Berliner Handelsaktien stark gefragt, Reichsbank vernachlässigt. Auch Schiffabriswerte liegen interesselos gegenüber den Vortagen. Es setzt sich auch hier leichte Abschwächung durch. Der Markt der Elektrowerte befindet sich in einer Rückwärtsbewegung. Auch Umlaufmulator liegen im Angebot. Am Markt der Kaltware ist ebenfalls eine Abschwächung festzustellen. Oblita lustlos liegt der Markt der heimischen Renten, an dem a. B. für Konfols keine Kurse zu bekommen sind. Der ausländische Rentenmarkt ist lebhafter. Die Lage des Geldmarkts ist unverändert. Leihzins 8 bis 12 Prozent, Monatsgeld 11 bis 14 Prozent, Privatdiskonten 8 Prozent. Am internationalen Devisenmarkt hat der französische Frank erheblichen Rückgang erlitten.

LESSING »SWIFT«
EINE HERRLICHE ZIGARETTE
OHNE KONKURRENZ!
5 Pf.

Stadtschwestern.

St. Nicola.
 Freitag, 20. 2.: abend 8 Uhr in der Kirche Palmen-Licht-Gottesdienst von Friedrich Dreyß. Solosänge. Eintritt 50 Pf.
 Sonntag, 22. 2.: Kollekte für die kirchliche Jugendpflege; vorm. 9 Uhr Gottesdienst; 11 Uhr Kindergottesdienst; 12 Uhr: 18 Damen: Ca. 8 Uhr Abendmahlsgottesdienst, insbesondere für die 1922, 20 und 26 Konfirmierten und deren Angehörigen bei 2. Dreyß; Ca. 7 Jungfr.-Gemein. Dienstag: 10 Damen-G.; 8 Kirchweiberein. Mittwoch: abend 8 in der Kirche Palmen-Licht-Gottesdienst, anschließend Abendmahlsgottesdienst; 9. Donnerstag: abend 8 Vorbereitung für Kinder; 11 Uhr: Freitag: abend 10 Vortragabend der Christlichen Elternvereine im großen Pfarrsaal. Vortrag von Lehrer Schüller-Hösch: Warum christliche Bekenntnisschule? Erklärung der Eucharistie 20. 2., öffentl. Auslegung derselben vom 20. 2. bis mit 12. 8. 12 Uhr im Pfarramt.

Kirchenmusik.

Donnerstag 20. 2. 9 Uhr Hauptgottesdienst. Weihe und Abendmahl. 10 Uhr: Lichtbildervortrag über die Weidenmission für Groß und Klein. Mittwoch, abend 8 Uhr: 1. Pa-

Lichtgottesdienst in der Kirche. Jesus und Maria. 8. Heilige Muttergottes. Gesangbuch mitbringen. Heberggäßel 10 Pf.
 Donnerstag: abend 8 Uhr: Helferversammlung. Freitag: 10 Uhr: Christl. Verein junger Männer.

Evangelische Gemeinde Aue (Kapell). Schwebura. Str. 71.
Sonntag, 22. 2. 1925. 9 Uhr vorm. Hauptgottesdienst. 11 Uhr Kindergottesdienst, 8 Uhr abends Gottesdienst. Mittwoch abends 8 Uhr Evangelisationsgottesdienst. Freunde und Gönner sind herzlich willkommen.

Katholische Kirche.

22. Februar: früh ab 8.30 Gelegenheit zur österlichen hl. Weihe. 7 Uhr hl. Messe und lat. Segen in Aue. Vorm. 9 Uhr hl. Messe und 9.45 hl. Messe und Vespät in der Friedhofskapelle in Zwönitz. Nachm. 4 Uhr Fastnachtsfeier der katholischen Gemeinde Aue im Gasthof Auerhammer. Darum an diesem Sonntag kein Männer- bzw. Junglingverein. Nachmittags 4 Uhr hl. Messe früh 10 Uhr mit hl. Ashenfegen. An den übrigen Werktagen hl. Messe früh 8 Uhr.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann.
 Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft m. b. H., Aue.

Amliche Bekanntmachungen.

Bergebung.

Die Erd- und Bauarbeiten zum Bau von 64 Wohnungen auf der Gegend am Eichert sollen vergeben werden. Angebotsformulare können vom Stadtbauamt, woselbst die Zeichnungen und näheren Bedingungen zur Einsichtnahme ausliegen, in der Zeit vom 20.-22. Februar, bezogen werden. Die Angebote sind mit entsprechender Aufschrift zu versehen und in verschlossenem Umschlag bis Freitag, den 6. März 1925, vormittag 11 Uhr, einzusenden. Die Unternehmung bleibt 4 Wochen an das Angebot gebunden. Später eingehende Angebote finden keine Berücksichtigung. Aue, 20. Februar 1925. Das Stadtbauamt.

Aue. Stromunterbrechung.

Am kommenden Sonntag, den 22. Februar 1925 findet von morgens 10 Uhr bis voraussichtlich mittags 1 Uhr infolge Vornahme von Betriebsarbeiten eine Unterbrechung des Stromversorgens des Stadtbezirks Aue statt. Aue, den 20. Februar 1925. Direktion der RSt. Elektrizitätsversorgung.



In Dosen überall erhältlich. Fabrik: URBAN & LEMM, Charlottenburg.

Strahlende Gesichter

Wissen der Mutter die Mühe der Kleinkindern. Jedes Backwerk gewinnt an Wohlgeschmack und Aussehen, wenn man zu seiner Herstellung die Backmittel "Schwan im Blaубand" verwendet. Frisch 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.



Wir bitten, beim Einkauf von "Schwan im Blaубand" das feine illustrierte Familienblatt "Die Blaубand-Waare" gratis zu verlangen.

Voranzelgel Rath's Kaffeehaus, Aue.

Fastnachts-Dienstag, den 24. Februar:
Großes karnevalistisches Winzerfest
 mit humoristischen Einlagen.
 Dekoration vom Pressefest in Chemnitz.
 Erscheinen in Kostümen (ohne Gesichtsmaske) erwünscht resp. gestattet.
 Einlaßkarten 1 — Mk. ab Sonntag am Büfett und im Laden zu haben.
 Beginn abends 8 Uhr.
 Tische werden nur denjenigen Herrschaften reserviert, die im Besitze einer Einlaßkarte sind.
 Telefonische Bestellungen können nicht berücksichtigt werden.

Die elegantesten **Uebergangshüte**
 in Seide und Brokat
 in grösster Auswahl von 6.75 Mk. an
Frieda Dittrich, Aue, Bismarckstrasse 20,
 ab Auerhammerstrasse.

Klubwesten und Wollwaren, Seib-, Tisch- und Bettwäsche, Handtücher, Wischtücher, und Taschentücher Lorenz, Goethestr. 3, Etage.

Ein guterhaltener **Kinderwagen** zu verkaufen. Zu erfragen im Auer Tagebl.

Wünschen Sie eine Familienanzeige zu veröffentlichen, ein Geschäft oder einen Brief zu kaufen oder zu verkaufen, eine Geschäftsempfehlung irgendwelcher Art zu veröffentlichen.
So inserieren Sie im "Auer Tageblatt", das infolge seiner weiten Verbreitung in allen Kreisen Aussicht auf Erfolg bietet.

DKW GRITZNER DKW Nähmaschinen
 haben Weltruf!!!
 Ueber 3 Millionen im Gebrauch.
 Lager bei:
Robert Morgner, Aue
 Nähmaschinen- und Fahrzeughandlung.
 Oststrasse 35. Günstige Zahlungsbedingungen. Telefon 641.

Städt. Kindergärtnerinnen-Seminar zu Chemnitz
 Diern 1925 wird ein **neuer Lehrgang** eröffnet. Anmeldungen werden bis Ende Februar entgegengenommen.
 Nähere Auskunft erteilt **Studentrat Steiger, Dresdner Str. 7.**

Gar. rein. ertrl. Qual.-Bienen-
Honig
 (keine minderwertige Auslandsware) versendet in Postkolli von 1 1/2 Pfund an
Großmolkerei Ebersbach i. Sa.
 Billigster Preis auf Anfrage.

Linoleum
 der billigste und beste Fassbodenbelag.
 darunter ein Posten
Drucklinoleum Wahl II
 zu sehr billigen Preisen.
 Spezialhaus
Camillo Gebhardt
 Bahnhofstraße AUE Ecke Reichstr.

Vergessen Sie es nicht!
Lehmann & Assmy
 Tuchfabrik
 Spremberg (L.) 118
 verkauft direkt
 ab Fabrik Anzugstoffe, Paletotstoffe, Joppen-, Hosen-, Westentstoffe, Damentuche, jedes Maß, an Private zu unerreicht billigen Preisen. Muster an Jedermann frei.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eines **tätigen**
Schnitt- u. Stanzenbauer
 für unsere Werkzeugmacherel. — Lebiger bedürftig.
Sörensen & Köster, Neumünster 1. H.
 Aluminium- und Metallwerke.

Gründlich. Unterricht in Buchführung
 bis zur Bilanzherstell. Lehrgeld monatlich 10 Mk. — Nach Beendigung des Unterrichts kostenloses Stellenanweiser. Anträge unter N. 2. 208 an das Auer Tageblatt erbeten.

Frauen und Männer
 redegewandt, welche über einen großen Bekanntheitskreis verfügen, zum Verkauf von **Wäsche, Schuhwaren, Kosmetik** auf Abgabe an Private, gegen Provision sofort gelocht.
 Angeb. unter N. 2. 201 an das Auer Tageblatt erbeten.

Handkoffer
 aus Hartplatte, Ecken beschlagen.
 Größe ca. 55 60 65 70 cm
 Mk. 6.50 7.— 7.75 8.— per Stück.
 Spezialhaus
Camillo Gebhardt
 Bahnhofstraße AUE Ecke Reichstr.

Garantiert frische **Trinkeier** das Stück 14 Pfg.
 10 Stück 1.35 Mark.
 Apfelsinen und Mandarinen in allen Preislagen
Paul Fischer, Aue, Reichstraße 3.

Aus erster Hand!
 Wild-, Nappa-, Clacé-, Seiden- und Stoffhandschuhe f. Herren, Damen und Konfirmanden, farbig, schwarz und weiß empfiehlt
Handschuhfabr. G. Schindler, Aue, Wettinerstraße 18, 1. Trepp. Tel. 938.
 Auch werden Handschuhe repariert und gereinigt. **Kein Laden.**

die allbewährte **Maske's** Wasch- und Bleich-Soße
 Spart Seife beim Waschen und ist das beste Einweichmittel

MAske's